

**Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und  
Verbraucherschutz**

**Wortprotokoll**

der

**66. Sitzung**

**Berlin, den 17.01.2008, 12:00 Uhr**

**Sitzungsort: Berlin, Marie-Elisabeth-Lüders-Haus,  
Adele-Schreiber-Krieger- Straße 1**

**Sitzungssaal: 3.101**

**Vorsitz: Ulrike Höfken, MdB**

BT 4623 04.08

**TAGESORDNUNG:**



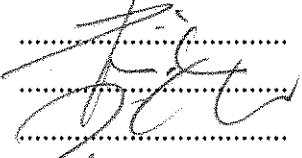
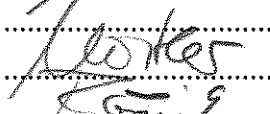



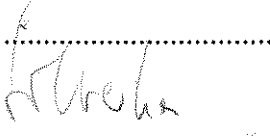
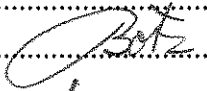
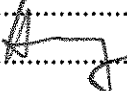
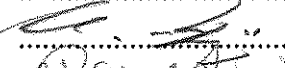





**Einziger Tagesordnungspunkt      S. 7 - 18**

- Gespräch mit der EU-Kommissarin Mariann Fischer Boel

**Anwesenheitsliste**

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

**Sitzung des Ausschusses Nr. 10 ( Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz )**

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<b>CDU/CSU</b>		<b>CDU/CSU</b>	
Bleser, Peter		Borchert, Jochen	
Heller, Uda Carmen Freia		Caesar, Cajus	
Holzenkamp, Franz-Josef		Connemann, Gitta	
Jahr Dr., Peter		Deittert, Hubert	
Jordan Dr., Hans-Heinrich		Göppel, Josef	
Klößner, Julia		Jaffke, Susanne	
Lehmer Dr., Max		Pfeiffer, Sibylle	
...ortler, Marlene		Schindler, Norbert	
Röring, Johannes		Schirmbeck, Georg	
Segner, Kurt		Schulte-Drüggelte, Bernhard	
Vogel, Volkmar Uwe		Zöller, Wolfgang	
<b>SILBERHORN</b>			
<b>SPD</b>		<b>SPD</b>	
Blumentritt, Volker		Bahr (Neuruppin), Ernst	
Botz Dr., Gerhard		Groneberg, Gabriele	
Drobinski-Weiß, Elvira		Hiller-Ohm, Gabriele	
Herzog, Gustav		Hovermann, Eike	
Ortel, Holger		Kelber, Ulrich	
Priesmeier Dr., Wilhelm		Miersch Dr., Matthias	
Pawert, Mechthild		Schmitt (Landau), Heinz	
Schieder, Marianne		Steinecke, Dieter	
Volkmer Dr., Marlies		Teuchner, Jella	
Wolff (Wolmirstedt), Waltraud		Thießen, Jörn	
Zöllmer, Manfred		Vogelsänger, Jörg	
<b>FDP</b>		<b>FDP</b>	
Geisen Dr., Edmund Peter		Schuster, Marina	
Goldmann, Hans-Michael		Solms Dr., Hermann Otto	
Happach-Kasan Dr., Christel		Wissing Dr., Volker	



**Anwesenheitsliste**

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

**Sitzung des Ausschusses Nr. 10 ( Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz )**

**Ordentliche Mitglieder  
des Ausschusses**

**Unterschrift**

**Stellvertretende Mitglieder  
des Ausschusses**

**Unterschrift**

**DIE LINKE.**

Binder, Karin

Tackmann Dr., Kirsten

Ulrich, Alexander

**DIE LINKE.**

Bulling-Schröter, Eva

Hill, Hans-Kurt

Naumann, Kersten

**BÜ90/GR**

Behm, Cornelia

Höfken, Ulrike

Laisch, Nicole

**BÜ90/GR**

Hettlich, Peter

Höhn, Bärbel

Kurth (Quedlinburg), Undine

.....  
*Tackmann*  
.....  
.....  
*C. Behm*  
.....  
*Ulrike Höfken*  
.....  
*Nicole Laisch*  
*Behm/B.L.*

.....  
.....  
.....  
.....  
.....  
*Peter Hettlich*  
.....



Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10)

Donnerstag, 17. Januar 2008, 12:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:


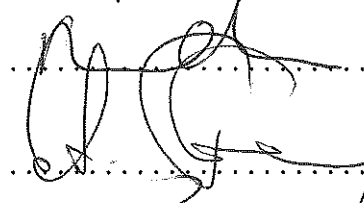




SPD	.....	.....
CDU/ CSU	.....	.....
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	.....	.....
FDP	.....	.....
DIE LINKE.	.....	.....

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

OSTERMANN	CDU/CSU	
Bug	Linke	
Bende	B90/Die Grüne	
Arens	CDU/CSU	
Koschieder	FDP	
Dörstel	Grüne	
Kretzmar	SPD	
Geonina	SPD	

Gespräch mit der EU-Kommissarin Mariann Fischer-Boel

**Vorsitzende:** Ich begrüße die Kommissarin Fischer-Boel. Ich eröffne erstmal die öffentliche Sitzung des Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Es ist jetzt das vierte Mal, hier im Rahmen der Grünen Woche, dass Sie da sind. Es ist sozusagen eine Tradition, auf deren Einhaltung wir sicher auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten weiter bestehen werden.

Und wir begrüßen natürlich auch unsere Freunde, die Parlamentarierdelegation aus Bulgarien. Wir freuen uns sehr, dass Sie in diesem Jahr unsere Gäste sind. Auch das ist Tradition, dass wir eine Gastdelegation haben, mit der wir uns in den Tagen der Grünen Woche näher auseinandersetzen. So lernen wir auch immer ein Land gut kennen und können damit auch einen Austausch in der Zukunft begründen.

Ich begrüße neben den Kollegen des Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz auch einige Kollegen aus dem Europaausschuss, die unserer Einladung gefolgt sind und natürlich auch unsere Zuhörer.

Ich wollte jetzt einen Vorschlag machen. Ich habe ihn schon kurz mit Frau Fischer-Boel abgesprochen. Aufgrund der Kürze der Zeit und der Erfahrung der letzten Diskussionen, fände ich es besser, wenn wir gleich in die Diskussion einsteigen, die von den Fraktionen ausgeht, sodass ich jetzt den jeweiligen Sprechern das Wort geben möchte, um ihre Sichtweisen einzubringen und Frau Fischer-Boel wird dann in ihrer Beantwortung ihre Positionierung darlegen und ich glaube, damit haben wir mehr Effektivität.

**Abg. Peter Bleser:** Ich bin Agrarsprecher der Unionsfraktion und, ich sage immer, praktizierender Landwirt in der Eifel. Wir haben Milchviehwirtschaft und Ackerbau. Ich möchte eine Teilfrage an meinen Kollegen Röring abtreten.

Ich will mich nur kurz auf die anstehende Gesundheitsbewertung - wir sind in Deutschland bei den Anglizismen ein bisschen weg - der Agrarreform konzentrieren. Sie haben ja die ersten Vorschläge gemacht. Sie werden verstehen, dass wir in Deutschland damit unsere Probleme haben. Wir setzen auf Verlässlichkeit. Wir wollen die Zeit bis 2013 nutzen, um unsere Betriebe wettbewerbsfähig für den Weltmarkt zu machen, weil wir natürlich dann eine veränderte Situation auf uns zukommen sehen. Und wir haben natürlich auch ein Problem, dass die Kappung der Hilfen der Europäischen Union aufgrund unserer Betriebsstrukturen zu einer massiven Beschäftigung von Notaren führen würde, die dann also eine Betriebsteilung in der Form organisieren müssten um hier die optimalen Bedingungen zu schaffen. Das sollten wir uns, glaube ich, ersparen.

Wir hoffen, dass die Kommission auch bei der Milch erst einmal bei ihrer Festlegung bleibt. 2015 ist das Ende der Milchquote angelangt, aber die Voraussetzung, die bis dahin noch erfüllt werden muss, ist, dass wir für unsere sensiblen Gebiete – ich will nicht Berggebiete sagen, weil das nicht alles umfasst – Hilfe bekommen, dass insbesondere die Bewirtschafter von Grünland, nicht die

Eigentümer, eine Hilfe bekommen, dass sie auch hier die Milchproduktion als wertschöpfende Bewirtschaftung in dem Bereich erhalten können.

Ich will die Teilfrage dann an den Kollegen Röring abtreten, weil das eine besonders brisante ist, wo wir auch sehr schnell ihre Hilfe erwarten.

**Abg. Johannes Röring:** Sehr geehrte Frau Kommissarin Fischer-Boel, ich habe eine spezielle Frage. Ich vertrete eine Region im Nordwesten Deutschlands, angrenzend an die Niederlande. Wir beschäftigen uns sehr intensiv in der Landwirtschaft mit der Produktion von Fleisch, Geflügel und Schwein. Wir beziehen im Übrigen mittlerweile eine große Anzahl von Ferkeln, also kleine Schweine aus Dänemark. Für die Versorgung dieser Tiere benötigen wir Importfuttermittel, Proteinfuttermittel und diese werden sehr stark in den Vereinigten Staaten und in Südamerika angebaut – sprich Sojaschrot. Meine Frage: Wie gedenkt die Kommission mit der Zulassung neuer GVO-Konstrukte Schritt zu halten mit der amerikanischen und süd-amerikanischen Entwicklung? Ich habe die große Sorge, dass unsere Region von dieser wichtigen Futtermittelgrundlage abgeschnitten wird, wenn wir in Europa nicht schnell genug und zeitgleich die Zulassung hinbekommen.

**Abg. Waltraud Wolff:** Frau Fischer-Boel, die Aufgabenfelder Landwirtschaft, ländlicher Raum, Lebensmittelsicherheit werden im Konsultationspapier der Kommission zum EU-Haushalt nicht mehr als zukünftige Aufgabenprioritäten benannt. Wir wissen, dass unser Haushalt in der EU doch unter Druck geraten ist und schon 2,2 Milliarden Euro Absenkung des Plafonds vorgesehen ist zur Finanzierung des Satellitennavigationssystems Galileo. Das sehen wir sicherlich auch alle als wichtig an. Dennoch finde ich die Bereiche, die Sie benannt haben in der Marktordnung, also Getreideintervention auf Weizen begrenzen, die obligatorische Flächenstilllegung aufzuheben, sind wichtige Punkte und auch die auslaufende Milchquote, was ja von meinem Kollegen aus der CDU schon benannt wurde, ist sehr wichtig. Ich kann mich auch sehr gut damit anfreunden, dass wir zur Finanzierung der ländlichen Räume mehr an Modulation denken müssen und dennoch muss ich ganz deutlich, auch als Abgeordnete aus den neuen Bundesländern, noch einmal die Frage stellen: Wie kann es sein, dass wir auf europäischer Ebene ein fantastisches ELER-Programm entwickelt bekommen haben, aber die Finanzierung letztendlich so nicht gesichert sein kann?

Die Degression, die Kappungsgrenzen treffen ja überproportional die neuen Bundesländer. Auf der einen Seite ist die ELER-Verordnung besonders für die Entwicklung der ländlichen Räume da, auf der anderen Seite werden aber die Landwirtschaftsbetriebe in den neuen Bundesländern überproportional zur Kasse gebeten, um das mal ganz glatt auszudrücken. Da ist eine solche Diskrepanz, da würden wir gerne schon als SPD eine Antwort haben.

**Abg. Hans-Michael Goldmann:** Liebe Frau Kommissarin, drei Fragen oder drei Komplexe: Tierseuchenbekämpfung, wie beurteilen Sie die und wie sehen Sie die Chancen zu einer abgestimmten, europaweiten Impfstrategie zu kommen, um aus dem Töten herauszukommen?



Zweiter Bereich: Wird es eine abgestimmte Position geben beim Kastrieren von Schweinen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft?

Und der dritte Bereich: Wie beurteilen Sie das Exportgeschehen? Wir waren mit dem Agrarausschuss in Russland und haben dabei festgestellt, dass die Russen sehr stark differenzieren zwischen Fleisch aus Polen oder Fleisch aus Spanien oder Fleisch aus Deutschland. Glauben Sie, dass wir weiter auf bilaterale Verträge setzen müssen oder wäre es nicht klug, eine gemeinsame europäische Position dort einzunehmen?

**Abg. Dr. Kirsten Tackmann:** Herzlichen Dank, Frau Fischer-Boel, für die Möglichkeit hier noch mal ins Gespräch zu kommen. Bezüglich der Degression ist auch mein Appell, noch mal darüber wirklich sehr ernsthaft nachzudenken. Nicht nur, weil die Auswirkungen verheerend wären - also es wird geschätzt, dass mehr als 500 Millionen Euro dem ländlichen Raum in Ostdeutschland verloren gehen würden -, sondern weil es eigentlich auch ungerecht ist. Wenn man die Zahlungen auf die Arbeitskräfte in diesen Betrieben umrechnet, sind sie nicht besser subventioniert als kleinere Höfe, 70 ha Höfe im Westen, das zeigen die Analysen. Deshalb würde ich auch da dringend bitten ein Signal zu senden, weil das, was Kollege Bleser sagt, ist ja wahr. Die Betriebe fangen jetzt schon an, darüber nachzudenken, wie sie möglicherweise dieser Strategie entgegenwirken können und insofern ist auch hier dringend ein Signal erforderlich.

Die zweite Geschichte, Tiergesundheitsstrategie würde mich auch interessieren, wie da der Debatte stand ist, weil auch das ein sehr wichtiger Punkt für uns ist.

Drittens Biokraftstoffstrategie. Es gibt ja viele Diskussionen um diese Strategie und wie man sich am besten verhält, auch im Zusammenhang mit der Flächenkonkurrenz zwischen Nahrungs- und Futtermitteln und Biomasse. Da würde ich gerne wissen, wie da Ihr Standpunkt ist.

Und Viertens, Frauen im ländlichen Raum. Das ist für mich ein sehr wichtiger Punkt. Die Analysen zeigen, dass gerade Frauen aus den ländlichen Räumen abwandern und damit auch die Lebensfähigkeit der ländlichen Räume beeinträchtigt wird. Insofern frage ich, ob da auch auf EU-Ebene unterdessen Überlegungen stattfinden, dort etwas gezielter die Politik auszurichten.

**Abg. Ulrike Höfken:** Für die Grünen will ich den Anfang machen. Wir haben viele neue Herausforderungen für die Landwirtschaft. Das ist die Welternährungsfrage, das ist die Klimafrage – heute Morgen im Bundestag auch von den Kollegen diskutiert -, das ist die Frage auch der ländlichen Räume, der Arbeitsplätze. Wir sind als Grüne davon überzeugt, dass wir die begonnene Agrarreform fortsetzen und weiterentwickeln müssen auf diese neuen Herausforderungen hin. Deswegen begrüßen wir grundsätzlich die Vorschläge, die Sie gemacht haben. Allerdings natürlich auch mit einigen anderen Aspekten und auch mit einigen Einschränkungen.

Zunächst einmal, die Modulation finden wir richtig. Da würden wir auch gerne noch darüber hinausgehen wollen, weil die Verordnung „ländlicher Raum“ uns diejenige scheint, die für die Zukunft die sicherste ist und die viele Maßnahmen umfasst, von denen alle Betriebe profitieren kön-

nen, auch im Bereich der erneuerbaren Energien. Aber, und darum gibt es so große Ressentiments, und das haben wir in Deutschland ja auch erlebt, die Freiwilligkeit und Beliebigkeit des Angebotes und die Kofinanzierung, die damit verbunden ist, trägt nicht dazu bei, die Planungssicherheit, die nötig ist, herzustellen. Deswegen schlagen wir vor, auch in diesem Bereich noch mal zu überlegen, ob man dieses System der Kofinanzierung oder der Freiwilligkeit der angebotenen Maßnahmen nicht verändert, damit dieses System Akzeptanz findet. Denn sonst wird es nur Unsicherheit geben und leider die guten Angebote von ELER, die die Kollegen schon erwähnt haben, nicht zum Tragen kommen.

Das Zweite ist das Klima. Wir möchten gerne die Reduktionsziele beim Klimaschutz auch in der Agrarpolitik verankert haben. Das ist in anderen Politikbereichen ja auch nötig. Wir sehen deswegen auch einen Ansatz darin, einen Klimabonus zu geben für die Betriebe, die sich dort vorbildlich engagieren. Das ist beispielsweise auch die ökologische Landwirtschaft, das können aber auch viele andere Maßnahmen sein, und zwar nicht in der zweiten, sondern auch in der ersten Säule. Das heißt natürlich auch Cross Compliance, auch da müsste die Klimarelevanz mit einbezogen werden, aber auch soziale Maßnahmen. Also es kann nicht sein, dass Gesundheitsschutz – in Deutschland ist das ganz gut geregelt, aber europaweit definitiv nicht – und Arbeitsschutz nicht gleichermaßen dort verankert sind und ich denke, das ist auch unbürokratisch möglich.

D. h. wir haben hier einen Strauß von Vorschlägen zur Weiterentwicklung der Agrarreform, die sie aus unserer Sicht zukunftstauglicher macht. Und bei der Kappung, ganz klar, ich sage mal, das vorgeschlagene System, das können wir so nicht akzeptieren. Sondern wir wollen den Bezug auf die Arbeitskraft, damit einerseits mehr Verteilungsgerechtigkeit hergestellt wird und aber auch der Situation der Betriebe in Ostdeutschland Rechnung getragen wird.

Zur Milch, also da sind wir wahrscheinlich abweichend. Die Freigabe ist nicht in unserem Sinne. Wir sehen auch die Möglichkeit der Erzeuger in Gefahr, hier in Zukunft endlich mal vernünftige, faire Erzeugerpreise zu erzielen.

**Vorsitzende:** Ich würde dann sagen, das war die erste Runde. Ich gebe Ihnen die Möglichkeit zur Antwort um dann, wenn wir noch Zeit haben, die Kollegen zu berücksichtigen, die sich dann noch melden.

**EU-Kommissarin Mariann Fischer-Boel:** Vielen Dank für den Empfang. Ich bin sehr froh, wieder hier zurück zu sein und ich finde, das ist eine sehr schöne Tradition meine vier Tage in Berlin mit einer Verabredung oder mit einer Diskussion mit dem Parlament zu beginnen.

Und jetzt hoffe ich um Nachsicht, ich werde auf Englisch weitermachen, das macht es mir doch sehr viel einfacher.

Nach Silvester blickt man ja häufig zurück, aber man schaut auch in die Zukunft was bevorsteht. Aber erstmal ein paar Bemerkungen zu 2007. Ich glaube, das war ein erfolgreiches Jahr aus verschiedenen Gründen. Ich möchte die zwei großen Reformen gerade mal kurz ansprechen, auf die

wir uns geeinigt haben im Rat der Agrarminister, das war im Juli die Reform im Obst- und Gemüsebereich. Zum ersten Mal in vielen Jahren gab es da Einstimmigkeit im Rat über diese wichtige Reform. Und ich hoffe und bin mir fast sicher, dass diese Reform die Wettbewerbsfähigkeit im Obst- und Gemüsebereich verbessern wird, denn die Erzeugerorganisationen bekommen mehr Macht. Wir wissen, dass der Einzelhandelssektor in Europa sehr, sehr stark ist und deshalb brauchen wir starke Organisationen auf der anderen Seite im landwirtschaftlichen Bereich als Gegengewicht für den Einzelhandel, und da bin ich ganz zuversichtlich.

Aber dann Ende des Jahres, da gab es die Weinreform, und ich weiß, dass manche der Ideen - ich könnte da so ein paar Punkte nennen - nicht so gut angekommen sind in Deutschland. Aber ich glaube, dass wir alles in allem eine gute Lösung gefunden haben. Ich fand es wichtig, das Geld intelligenter auszugeben, als wir das in der Vergangenheit getan haben. Nicht um das Budget zu kürzen, sondern um die ganzen altmodischen Destillationsmechanismen abzuschaffen, um den Weinbauern mehr Freiheit zu geben, die Etikettierungssysteme zu ändern, damit wir heute in Europa besser dastehen im Wettbewerb mit den Importweinen. Denn wir sehen, dass Importweine aus Chile, Kalifornien, Südafrika und Argentinien oder Australien ja sehr erfolgreich sind in Europa, und warum sollten wir nicht auch einen Teil dieses Marktes für uns erobern. Ich kann Ihnen sagen, das war nicht einfach, aber ich glaube, wir haben einen sehr guten Kompromiss gefunden. Ich hoffe, dass wir die positiven Effekte dieser Einigung sehen werden, wenn die neue Reform im Laufe des Jahres 2008 in Kraft tritt.

Und jetzt blicken wir in die Zukunft. Ich bin sicher, dass 2008 nicht weniger interessant wird und auch nicht weniger Arbeit bringen wird, denn wir haben unsere Mitteilung zum Gesundheitscheck im November veröffentlicht. Zum Zeitrahmen für dieses Jahr: Dass, was jetzt auf dem Tisch liegt, das ist die Mitteilung, d. h., ein Diskussionspapier. Da ist also noch nichts in Stein gemeißelt und mir wäre es lieber, die ganzen Diskussionen jetzt zu führen, als im Jahr 2009 Bauern protestierend in Brüssel vor meinem Fenster zu sehen. Deswegen bringen wir doch bitte jetzt alles auf den Tisch. Lassen Sie uns diskutieren. Wir werden uns vielleicht nicht überall einig, aber lassen Sie uns jetzt diskutieren, damit wir die Möglichkeit haben, zuzuhören. Wir haben bislang zwei Konferenzen in Brüssel gehabt mit Interessengruppen, mit Bauern, mit Organisationen um einfach mal zu hören, wie das ankommt. Bevor wir Ende Mai die Legislativvorschläge machen, möchten wir hören und ich hoffe, dass wir dann hoffentlich bis November, bis Ende des Jahres eine politische Einigung erzielen werden, damit der Rat im Dezember nicht wieder überfrachtet wird, und ich denke, das wird möglich sein. Ich habe immer ganz klar gesagt, dieser Gesundheitscheck ist keine neue Reform, das beantwortet teilweise Herrn Blesers Frage. Es ist keine neue Reform. Wir schauen uns die Umsetzung der Betriebsprämienregelung an. Es gibt einige Staaten, die die Umsetzung hier ändern möchten, weil sie gesehen haben, dass andere Systeme vielleicht besser funktionieren, als das, wofür sie sich ursprünglich entschieden haben. Und dann werden wir uns die Marktmechanismen anschauen. Die Situation heute ist historisch völlig anders als vor zwölf Monaten. Die Märkte haben sich völlig verändert, und deswegen müssen wir uns die Marktmaß-

nahmen anschauen und uns fragen, ob wir die ganze Privatlagerung, die Intervention, die Ausführerstattungen alles brauchen? Lassen Sie uns diskutieren. Oder das Quotensystem, brauchen wir das weiterhin? Da komme ich nachher noch mal auf die Milch zurück. Es gibt Quoten bei Stärke, bei Flachs. Lassen Sie uns diskutieren, ob das alles erforderlich ist und wenn die Argumente gut sind für die Beibehaltung der Quoten, dann lassen Sie uns eine Lösung finden. Und dann – und da bin ich mit der Vorsitzenden einer Meinung – wir müssen uns die ganzen neuen Herausforderungen anschauen. Und das ist der Grund, warum sich ein ganzes Kapitel mit diesen neuen Herausforderungen befasst, und der Klimawandel ist natürlich einer der wichtigsten Herausforderungen hier. Ich möchte da jetzt nicht ins Detail gehen, sondern lieber versuchen, Ihre Fragen zu beantworten.

Ich bin einverstanden, dass die Vorhersehbarkeit für die Bauern von allergrößter Wichtigkeit ist. Und deswegen sage ich noch mal, es ist keine neue Reform, es ist ein Gesundheitscheck. Und Sie wissen, das trifft auf Sie sicher auch zu, Sie gehen manchmal zum Arzt, obwohl Sie nicht krank sind, aber Sie möchten hören, dass es um Ihre Gesundheit gut steht. Wenn kleine Veränderungen notwendig sind, dann besser früher als später. Wir haben ja heute auch hier Vertreter eines neuen Mitgliedslandes. Wir sind 27 in der EU, und als wir uns 2003 auf die Reform geeinigt haben, da waren es noch 15. Deswegen ist es vielleicht erforderlich, das System irgendwie anzupassen.

Kappung, das steht nicht im Vorschlag, es geht um eine progressive Kürzung der Zahlungen für die großen Farmen und das ist was völlig anderes. Eine Kappung, so wie das in der Reform 2003 erklärt wurde, bedeutete, dass, wenn man 300.000 Euro erhalten hatte, dann war es das, man bekam keinen Cent mehr. Aber eine progressive Kürzung, das ist etwas anderes. Das bedeutet nicht, dass wir das Geld wegnehmen; das bedeutet, dass wir die Zahlungen reduzieren, je mehr insgesamt gezahlt wird. Das ist unsere Idee. Ich weiß, dass es auch im Europaparlament hier unterschiedliche Ideen gibt. Lutz Goepel ist der Berichterstatter und er ist ein sehr geschätzter Kollege im Parlament. Wir arbeiten sehr gut mit ihm zusammen und wir schauen uns jetzt einige seiner Ideen an, um zu sehen, ob das funktionieren kann. Ich bin ganz sicher nicht die einzige Ansprechpartnerin hier für die Juristen, die Notare. Und wenn es bedeutet, dass es einfach nur dazu führt, dass die Juristen die Farmen aufteilen müssen, dann hätten wir ja nichts gewonnen. Dann müssen wir eine Lösung finden. Wir haben in der Mitteilung geschrieben, dass wir uns der Tatsache bewusst sind, wie viele der Betriebe in den neuen Bundesländern aufgebaut sind. Da ist die Struktur einfach eine ganz andere. Das werden wir berücksichtigen, so oder so. Ich weiß, dass es nicht einfach ist, hier simple Lösungen zu finden, aber wir befassen uns mit dieser Problematik.

Ein weiteres, heikles Thema sind die Milchquoten. Da freue ich mich sagen zu können, dass wir uns zumindest darauf geeinigt haben, dass das System am 31. März 2015 ausläuft. Und dann, glaube ich, sind die zuständigen Politiker verpflichtet, eine weiche Landung herzustellen. Denn wenn wir nichts tun, wenn wir das gegenwärtige System einfach beibehalten und dann über Nacht abschalten, dann wird der Wert der Quoten erstmal verschwinden und dann wird man wahrschein-

lich sehen, dass junge Landwirte Quoten kaufen mussten bis zum Ende, um ihre Produktion oben halten zu können. Und Landwirte, die ihre Quoten vielleicht als Sicherung für die Rente behalten haben. Der Wert würde über Nacht auf Null sinken und die Preise würden in den Keller fallen. Das halte ich für keinen guten Ansatz. Deswegen sollten wir uns da etwas anderes überlegen.

Deswegen haben wir im Sommer in den deutschen Zeitungen einige sehr deutliche Stellungnahmen gelesen über die Preissteigerungen hier. Ich denke, wir können da einige Probleme zusammen lösen. Wir haben eine Steigerung von 2 % vorgeschlagen bis zum 1. April 2008. Ich glaube nicht, dass die deutsche Bundesregierung bislang eine endgültige Entscheidung getroffen hat, aber es gab doch so ein bisschen Zurückhaltung, würde ich mal sagen, bei der Betrachtung dieser Idee. Wir haben uns natürlich die Märkte angeschaut und wir denken 2 %, das kann der Markt aufnehmen. Wenn ich mir die letzten zwölf Jahre der Produktion in Deutschland anschau, haben die Landwirte in Deutschland in den letzten zwölf Jahren eine Milliarde Euro in Form einer Superabgabe gezahlt. Warum gibt man also den Bauern nicht die Freiheit, wenn sie das wollen? Denn eine Erhöhung der Quoten, das ist ja keine Verpflichtung zu produzieren, das schafft einfach nur die Möglichkeit, zu produzieren. Und ich weiß, dass die Landwirte da sitzen und warten und auch die verarbeitende Industrie, die wartet auf mehr Rohstoffe, um produzieren zu können. Wir haben den ganzen Osten. Die sind fasziniert von der Qualität unserer Milchprodukte. Länder außerhalb Europas, das sind neue Märkte. Und warum sollten wir nicht die Möglichkeit eröffnen, für unsere eigene Branche hier davon zu profitieren. Und das ist möglich, ich möchte da nicht zu sehr ins Detail gehen über die ganzen Hintergründe und die Berichte, die wir da erarbeitet haben. Und ich habe absolut nicht die Absicht, den Markt hier zu zerstören, warum sollte ich das tun? Aber wenn ich nicht reagieren würde, dann würde man mir ja auch zu Recht vorwerfen, dass ich die Chancen für die europäische Landwirtschaft im Allgemeinen hier gar nicht sehen würde. Und ich weiß, dass es hier in Deutschland auch unterschiedliche Blickwinkel gibt, ob im Norden oder im Süden des Landes. Und wir wissen, dass es Regionen gibt, auch in Deutschland, die anfällig sind. Bergregionen u. a., wo wir eine besondere Unterstützung brauchen für die Milchbauern, damit die Produktion aufrecht erhalten werden kann, weil die Milchwirtschaft in manchen Gebieten das einzige ist, was funktioniert, und deswegen müssen wir da eine Lösung finden. Entweder über die Politik der ländlichen Entwicklung oder über Art. 69, wo man Geld von den Direktzahlungen, die es ja schon gibt, wegnehmen kann und gezielt für diese Regionen verwenden kann wo es Probleme gibt. Wir sind da also nicht blind. Es gibt Probleme, das wissen wir. Aber wir müssen unserem Milchsektor diese Chance geben. Die Märkte sind ja da, die sind da draußen. Käse ist ein qualitativ hochwertiges Produkt, was man verkaufen kann. Und ich kann Ihnen garantieren, dass ich das nicht einfach ohne Diskussion hier so hinnehmen werde. Das ist eine Chance und die müssen wir einfach nutzen.

Zu den Schweinen: Das ist zurzeit nicht der profitabelste Sektor aufgrund der gestiegenen Preise für Futtermittel, und weil die ganzen Pipelines in die Schlachthöfe quasi voll sind mit Fleisch, gibt es keinen Ausgleich mehr zwischen Nachfrage und Angebot und deshalb sind die Preise im Keller.

Und deswegen wurden Ausfuhrerstattungen wieder eingeführt. Normalerweise versuchen wir das den Märkten zu überlassen. Obwohl ich gar nicht so sehr für solche Ausfuhrerstattungen bin, sehen Sie ja, wenn es erforderlich ist, dann sind wir auch bereit, dieses Instrument zu nutzen. Das hat dem Preis im Schweinefleischbereich auch ein wenig geholfen. Aber vielleicht müssen wir hier noch Anfang des Jahres ein bisschen abwarten, wie sich das Problem weiter entwickeln wird. Das Verbot für Rindfleischimporte aus Brasilien könnte sich hier vielleicht auch auswirken, aber da möchte ich jetzt nicht ins Detail gehen.

Ich bin Ihrer Meinung dahingehend, dass wir Nahrungs- und Futtermittel ohne Gentechnik bekommen müssen, weil wir das für die Biolandwirtschaft brauchen. Bislang haben wir sehr gut mit Südamerika, Brasilien und Argentinien zusammengearbeitet, um sie davon zu überzeugen, dass es wichtig ist, hier noch nicht die neuen Futtermittel, vor allem aus Soja und Mais, zu verwenden, die ja in Europa noch nicht genehmigt sind. Aber wenn es in Zukunft eine Situation gibt, wo wir immer noch sehen, dass wir vier oder fünf Jahre hinterher hinken bei der Genehmigung neuer gentechnisch veränderte Substanzen, dann haben wir ein Problem und dann müssen wir reagieren. Sie können das auch im Internet sehen. Da gibt es eine Studie, die wir durchführen, über die Konsequenzen. Da kann ich Ihnen sagen, dass die Preissteigerungen, die es im letzten Sommer gegeben hat, verblassen werden gegenüber dem was wir sehen werden, wenn wir unsere gentechnisch veränderten Organismen in Europa nicht schneller zertifizieren. Ich möchte Ihnen damit nicht sagen, dass wir die Qualität bei den Untersuchungen opfern werden. Die Qualität muss gewährleistet sein, damit wir unseren Verbrauchern immer klar sagen können, dass die Qualität gewährleistet bleibt bei den Genehmigungsverfahren. Aber wenn wir die Situation so beibehalten, dann wird es Probleme geben. Ich weiß, dass das politisch ein sehr heikles Thema ist, überall, aber wenn wir so weitermachen wollen, dann müssen wir anerkennen, dass der Preis für Futtermittel mit den genehmigten Organismen in Europa dramatisch ansteigen wird in den nächsten Jahren.

Zu den Haushalten: Galileo wurde hier als Stichwort auch genannt. Die Tatsache, dass das Agrarbudget Galileo unterstützen könnte, bedeutet nicht, dass wir unsere Agrarzahlungen kürzen müssen. Es gab im Jahr 2007 weniger Ausgaben und wir konnten das Geld nicht nutzen. Wir können ja die ganzen Budgetlinien nicht untereinander mischen. Und deshalb ging es letztlich nur darum, Gelder zu verwenden, die sonst in den Mitgliedsstaaten übrig geblieben wären und die an die Finanzminister zurückgeflossen wären. Ich glaube, ich bräuchte viele starke Bodyguards, wenn ich Geld aus dem Agrarsektor nehmen würde und den Landwirten Geld wegnehmen würde wegen Galileo. Das wäre völlig unmöglich, das kann ich Ihnen versprechen, also das ist nicht passiert.

Modulation – ja ich bin für mehr Modulation. Deswegen haben wir vorgeschlagen, das zu steigern, von 5 % in 2 %-Schritten bis auf 13 %, 2 % pro Jahr. Das Geld wird in den Mitgliedsstaaten bleiben, es gibt da keine Umverteilung der modulierten Mittel, das ist wichtig. Denn 2003 gab es ja da eine Umverteilung.

Zur Tiergesundheit und dem Tierschutz: Der wichtigste Punkt hier ist gegenwärtig die Blauzungkrankheit. Der Impfstoff wird für die kommende Saison bereitstehen, soweit wir wissen. Die Saison ist hier, wenn es wärmer wird und die Fliegen das dann übertragen. Wir haben ganz klar seitens der Europäischen Gemeinschaft gesagt, dass wir bereit sind, die Impfstoffe zu bezahlen. Wir müssen natürlich sehen, was der Impfstoff letztlich kostet und deswegen haben wir da eine Obergrenze festgesetzt. Und was die Kosten für die Tierärzte betrifft, da könnten wir uns vielleicht auf eine Kofinanzierung einlassen, denn ich denke es ist wichtig, dass wir die Blauzungkrankheit bekämpfen und auslöschen, denn die kostet die europäische Landwirtschaft sehr viel Geld.

Zur Diskussion über Nahrungsmittel, Futtermittel und Biokraftstoffe und die Preissteigerungen im August und September: Da haben wir bereits Schritte eingeleitet, um den Druck aus der Situation abzulassen, indem wir die Flächenstilllegung teilweise abgeschafft haben. Sie liegt bei Null für ein Jahr und dann werden wir das noch mal neu diskutieren. Aber ich kann Ihnen sagen, wenn Sie die Zahlen vielleicht gestern gesehen haben in der Financial Times, diese Zahlen entsprechen nicht unseren Zahlen. Da steht, dass nur 2 % des stillgelegten Landes hierfür genutzt wird und das stimmt nicht. Das sind sehr viel mehr, das sind nach unseren Zahlen zwischen 6 und 7 %. Es gibt Land in Bulgarien und Rumänien, das immer noch verfügbar ist, und wenn man den Biokraftstoff verantwortlich macht für den Anstieg der Getreidepreise, dann ist das nur die halbe Wahrheit. Es ist ja so, dass wir in Europa ca. 2 % unserer Getreideproduktion für Ethanol oder Biodiesel ausgeben, also das ist wenig, das ist nicht der Grund für die Preissteigerung. Der Grund kommt von außen. Sie wissen das sicherlich, warum die Preise gestiegen sind. Es ist wichtig, dass, wenn wir über Biokraftstoffe diskutieren, die Produktion nachhaltig sein muss, sowohl in Europa als auch bei importierten Biokraftstoffen. Und wir diskutieren in der Kommission gegenwärtig, was nachhaltig ist. Wir wollen natürlich keine Feuchtgebiete hier im Einsatz sehen oder Regenwälder. Es geht um Steppengebiete, um Grasland, ob es verboten werden sollte, Grasland zu nutzen, um Energiepflanzen herzustellen. Das wird diskutiert.

Zur Cross Compliance, da hatten wir unsere ersten Diskussionen und ich hoffe, dass wir uns beim Rat nächste Woche einigen werden über den Bürokratieabbau im Bereich Cross Compliance und dann wird das auch in den Health-Check einfließen. Ich habe nicht die Absicht, die Idee, die hinter Cross Compliance steckt, zu verwässern. Ich halte das für eine gute Idee, es gibt ja sogar teilweise Bestrebungen, die Verpflichtungen im Bereich Cross Compliance zu erhöhen. Aber da kann ich Ihnen sagen, nur über meine Leiche, angesichts der sozialen Dimension, denn das werden wir nie schaffen. Wir könnten unsere Wettbewerbsfähigkeit in Europa dadurch dramatisch reduzieren, verglichen mit Ländern, die ja keine soziale Dimension haben, und dann würden wir die Arbeitsplätze einfach nur exportieren in Gebiete, wo alles sehr viel schlechter aussieht. Deswegen bin ich nicht dafür. Aber wir wissen natürlich, dass wir Wasser berücksichtigen müssen. Wir versuchen ein Wasserpaket zu schnüren, das soll Teil der Verpflichtung sein im Bereich Cross Compliance. Da gibt es auf der Webseite der Generaldirektion so viele interessante Informationen, z. B. einen Bericht eines unabhängigen Unternehmens über die Bürokratie in den verschiedenen Mitglieds-

staaten. Ich glaube, sechs Mitgliedsstaaten wurden untersucht und da kann man das nachlesen. Ich glaube, in Deutschland besteht auch noch eine gewisse Verbesserungsmöglichkeit, wenn man sich die Zahlen anschaut.

Ich weiß natürlich auch, dass teilweise die Bundesländer zuständig sind, dass Sie da nicht alles entscheiden könnten, aber das kann doch sehr informativ sein.

**Vorsitzende:** Vielen Dank, eine Stunde ist ungeheuer kurz und wir werden, das kann ich gleich ankündigen, auch demnächst sicher noch mal mit dem Ausschuss nach Brüssel kommen, um die Diskussion zu vertiefen. Ich würde jetzt gerne die Kollegen bitten, vielleicht in einem Satz noch mal kurz die Gelegenheit für Fragen zu ergreifen.

**Abg. Norbert Schindler:** Frau Kommissarin, mit einem Satz ist das nicht gesagt, was die Vorsitzende gerne hätte. Zunächst, danke schön für die Weinmarktreform. Ob wir uns bei Ihnen unmittelbar massiv bedanken müssen, das lasse ich mal offen, aber das Europa der Regionen hat sich Gott sei Dank da wiedergespiegelt, das war auch gut. Ich sage das als Deutscher überzeugend, dass alle Parteien in einer Sprache geredet haben und Sie haben das auch ernst genommen und dafür auch meinen Respekt und Anerkennung bei dem Kompromiss.

Umsetzung der Reform, Health-Check: Unsere Auffassung in Deutschland ist, wir haben weitestgehend unsere Hausaufgaben mit dem Kombigleitmodell schon gemacht. Die Ärgernisse aus 2003 haben die anderen Staaten ja noch vor sich.

Meine Frage geht, Frau Fischer-Boel, an das Thema, das Frau Höfken schon angeschnitten hat: Wie halten wir es mit dem dritten Weg in der europäischen Landwirtschaft auch für die Energieversorgung? Die Aspekte bleiben ja total abhängig von russischem Erdgas, arabischem Öl oder in Zukunft aus Südamerika, wenn es um alternative Energien geht, und derzeit wird ja mit dem europäischen Kommissionsbereich über die Nachhaltigkeitskriterien diskutiert und formuliert, auch innerhalb der Bundesrepublik Deutschland. Um was wir dringendst bitten, dass die Nachhaltigkeitsregel wirklich den Standort Europa - auch in Bezug einer gewissen Unabhängigkeit von Energiezuflüssen - sichern. Und dazu zählt natürlich die CO<sub>2</sub>-Bilanz, die nicht so gut ausfällt, wie z. B. bei Zuckerrohr. Aber es kann nicht eine neue Abhängigkeit geschaffen werden, wo die deutsche Wertschöpfung oder die europäische, gerade aus unserer Sicht total verloren geht. Wir haben da so eine heftige Debatte gerade in Deutschland wegen der hohen Besteuerung von Biodiesel. Deswegen meine Bitte schnell zum Zug zu kommen, weil Deutschland abwartet was Brüssel vorgibt, so ist die Absprache zwischen den Häusern. Und es wäre gut, wir wären gestern mit der Formulierung fertig geworden und nicht erst übermorgen. Das ist keine Kritik an Sie, aber innerhalb der Kommission bitte ich Sie, richtig Dampf zu machen unter den Kriterien, die wir auch brauchen, damit wir einen Energiemix aus europäischer Produktion vernünftig überbekommen. D. h., in der Konsequenz auch einen gewissen Außenschutz.



**Vorsitzende:** Also ich weiß, ich habe großen Respekt vor den Meinungen jedes einzelnen Kollegen und die sind auch alle wichtig, aber wenn die anderen sich jetzt etwas kürzer fassen würden, dann kann Frau Fischer-Boel nämlich noch antworten.

**Abg. Dr. Christel Happach-Kasan:** Kurze Frage: Am 11. Januar ist die Frist, die das WTO-Schiedsgericht gesetzt hat, abgelaufen. Wird es nach Ihrer Einschätzung zu Strafzöllen kommen an die EU, und wenn ja wie hoch? Die USA haben Strafzölle bereits angekündigt, Kanada will erst im Februar Strafzölle erheben, von Argentinien weiß ich es nicht. Es geht darum, dass die WTO beklagt, dass Handelshemmnisse entstanden sind durch das Verbot von GVO-Sorten in verschiedenen Ländern der EU.

**Frau Valkanova, BUL:** Sehr geehrte Frau Kommissarin, sehr geehrte Frau Vorsitzende, meine verehrten Kollegen, Damen und Herren. Meine Kollegen und ich vom bulgarischen Ausschuss für Landwirtschaft und Forsten bedanken uns ganz herzlich für diese Gelegenheit, hier an dieser bereits traditionellen Sitzungsrunde Ihres Ausschusses mit Frau Fischer-Boel teilzunehmen. Obwohl wir ein junges Mitgliedsland sind, sind wir uns sehr wohl dessen bewusst, dass die Probleme der bulgarischen Landwirtschaft sich immer mehr an die Probleme der europäischen Landwirtschaft anpassen. Wir sind guter Dinge, dass wir gemeinsam nach guten Lösungen suchen werden und ich bedanke mich noch mal für die Aufmerksamkeit und für die nette Einladung.

**Vorsitzende:** Frau Fischer-Boel hat noch die Gelegenheit zur Antwort. Und wir haben natürlich auch ein großes Bedürfnis gerade bei der Agrogentechnik noch kontrovers zu diskutieren, aber leider nicht mehr die Zeit dazu.

**EU-Kommissarin Fischer-Boel:** Zur Energie: Nächsten Mittwoch wird die Kommission über die Verteilung der Reduktionen in den verschiedenen Mitgliedsstaaten diskutieren. Das wird eine Diskussion über die Qualität und die Nachhaltigkeit der erneuerbaren Energien aus der Landwirtschaft.

Ich weiß, dass das nicht einfach werden wird, aber ich bin mir sicher, dass wir die erste Generation von Biokraftstoffen brauchen werden, die vor allem aus Mais stammen wird, aus Weizen und Zuckerrüben. Aber wir müssen sicherstellen, dass die Reduktion in der CO<sub>2</sub>-Emission auch verteidigt werden kann. Das wir also unter dem Strich ein positives Ergebnis haben, wenn wir das diskutieren.

Meine Erwartungen setze ich ganz klar auf die zweite Generation der Biokraftstoffe. Ich glaube nicht, dass wir weiterhin auch in Zukunft eine altmodische Technologie nutzen können. Bei der zweiten Generation kann man viele Produkte aus der Landwirtschaft nutzen, da kann man Stroh, Gras, Holzspäne und Schlachtabfälle nutzen. Sie ist zwar heute noch nicht verfügbar und deswegen sage ich, wir brauchen die erste Generation. Aber ich sehe die erste Generation nicht als

langfristige Lösung. Ich denke irgendwann wird der Punkt kommen, wo die zweite Generation zum Tragen kommt. Und da müssen wir uns auch auf die Forschung und Entwicklung bei der zweiten Generation konzentrieren.

Zur Besteuerung: Da hat die Kommission keinen Einfluss, das wird alles bei den Mitgliedsstaaten entschieden.

Was die WTO und die Strafzölle betrifft, da treffe ich nächste Woche Susan Schwab, die in den USA für Handelsfragen zuständig ist. Ich weiß nicht was rauskommen wird, aber ich habe die Befürchtung, dass wir – na ja, ich möchte es nicht Angriff nennen, aber das eben europäische Erzeuger bestraft werden, genauso wie bei den Hormonen. Aber da kann ich Ihnen jetzt kein klares Signal geben, ich weiß nicht wie das ausgehen wird. Ich werde nach dem Treffen mit Susan Schwab nächste Woche schlauer sein.

**Vorsitzende:** Das sind eine ganze Menge an Themen, die wir jetzt locker noch stundenlang vertiefen könnten. Ich glaube, einig sind wir uns darin, dass wir sehen, dass die Legitimation des agrarpolitischen Systems unter Druck kommt, auch wegen der Nachfrageentwicklungen und der Preisentwicklungen, und das wir darüber nachdenken müssen, wie wir natürlich unterschiedlich die Ziele erfüllen können, die wir sehen. Zunächst einmal ganz herzlichen Dank für die Diskussion. Wir werden Sie auch noch auf der Grünen Woche sehen und ich hoffe, Sie haben dort viel Spass und interessante Gesprächspartner. Wir sind insgesamt sehr stolz darauf, dass die Grüne Woche sich wirklich zu einem internationalen Agrarforum entwickelt, wo wir auch als Abgeordnete gerne dazu beitragen und hoffen dann auch im nächsten Jahr die Diskussion fortsetzen und natürlich auch im bilateralen Gespräch weiterführen zu können.

**Schluss der Sitzung: 12:59 Uhr**



Ulrike Höfken, MdB  
**Vorsitzende**